

Abgewiesene Geflüchtete erheben ihre Stimmen

Biel Menschen, die die Schweiz verlassen müssen, werden von der breiten Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Ein Projekt will das ändern und auf Probleme hinweisen. Diese Woche hat «Unsere Stimmen» im Bieler Farelhaus Forderungen formuliert.

Laura Münger

Eliza aus Georgien, Nesrin aus dem Iran und Edona aus Mazedonien sind abgewiesene Geflüchtete. Sie und ihre Familien müssen die Schweiz verlassen und verfügen deshalb weder über eine Aufenthaltsbewilligung noch haben sie Anspruch auf Sozialhilfe. Das Gesetz garantiert ihnen jedoch das Recht auf Nothilfe, was eine minimale finanzielle Unterstützung, eine Unterkunft und den Zugang zu medizinischer Versorgung umfasst. Sie sind dadurch gewissermassen «offiziell illegal» in der Schweiz. Stellvertretend für weitere 600 abgewiesene Nothilfebeziehende im Kanton Bern haben sie beschlossen, ihre Stimmen zu erheben und auf ihre schwierigen Lebensumstände aufmerksam zu machen.

Menschen wie wir

Eliza, Nesrin und Edona sind Teilnehmende von «Unsere Stimmen», dem Partizipationsprojekts, das vom Verein National Coalition Building Institute Schweiz zusammen mit rund 20 Geflüchteten aus dem Kanton Bern initiiert wurde.

An einem öffentlichen Anlass in dieser Woche im Farelhaus in Biel haben sie von ihrem Alltag erzählt und ihre fundamentale Forderung formuliert: ein menschenwürdiges Leben in der Schweiz. Dass Grundrechte wie das Recht auf Würde und Sicherheit, auf Familie, auf Bildung und Arbeit sowie auf Ruhe und Privatsphäre auch ihnen, den Abgewiesenen garantiert werden. Sie, die Abgewiesenen, das sind Menschen wie Du und ich, es sind junge Frauen und Mütter wie Eliza, Nesrin und Edona, sie heissen aber auch Fouad, Lamine und Rezai und sind Kleinkinder, Jugendliche, junge Männer und Familienväter.

Doch von der breiten Öffentlichkeit werden ihre Probleme kaum wahrgenommen, weil sie im alltäglichen Leben nicht als spezielle Gruppe auffallen, gleichzeitig räumlich aber vom Rest der Gesellschaft getrennt untergebracht werden, in sogenannten Notunterkünften.

Schmutzige Toiletten

Eliza ist Mutter einer 16-jährigen Tochter und eines zweijährigen Sohns, vor fünf Jahren ist sie mit ihrem Mann und den beiden Kindern in die Schweiz geflüchtet. Zu viert leben sie seither in einem einzigen Zimmer: «Wenn es draussen kalt und nass ist, hat mein Sohn keinen zusätzlichen Raum in der Unterkunft, in dem er sich austoben und unbeschwert spielen kann. Meiner Tochter, die das zehnte Schuljahr besucht, wird in der Notunterkunft kein Zimmer zur Verfügung gestellt, in dem sie ungestört lernen kann. Das Leben aller Familienmitglieder mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen spielt sich immer in den gleichen engen vier Wänden ab, das ist für uns alle sehr belastend.»

Edona hat drei Kinder und wohnt seit fünf Jahren in der Schweiz. Vor vier Monaten wurde sie aus dem Rückkehrzentrum Bözingen nach Enggisstein transferiert. Für die Behör-



Das Projekt «Unsere Stimmen» will Entscheidungstragende aus Politik, Verwaltung und Behörden zusammenbringen. RABIH HAJ-HASSAN

«Die Nothilfe ist ein Regime, das krank macht.»

Urs Ruckstuhl,
Psychologe

den eine administrative und logistische Aufgabe, für Edona und ihre Familie, die sich in Bözingen mit den Umständen arrangiert und sich eine kleine neue Heimat aufgebaut haben ein erneuter Bruch, der Stress auslöst und der jungen Mutter den Schlaf raubt. Nesrin erzählt, dass die sanitären Anlagen in ihrer ehemaligen Nothilfeunterkunft häufig schmutzig gewesen seien, sodass sie immer wieder Infektionen eingefangen habe: «Schliesslich habe ich mir angewöhnt, unter der Woche möglichst selten benutzen musste. Erst wenn wir am Wochenende zu meinem Onkel fahren durften, der kein Abgewiesener ist und in einer Wohnung lebt, erlaubte ich mir, bedenkenlos zu essen und zu trinken.»

Auch sie teilte sich mit ihren Eltern und ihren drei Geschwistern jahrelang ein einziges Zimmer in der Unterkunft. Regelmässig traten in dieses Schlafzimmer, das zugleich Wohn-, Ess-, Spiel- und Hausaufgaben-

zimmer für alle fünf Familienmitglieder war, Sicherheitsmitarbeitende und das Betreuungspersonal zur Kontrolle ein, meistens ohne dafür die Schuhe auszuziehen.

Als die Familie den negativen Entscheid in letzter Instanz erhielt, konnte Nesrin das Brückenjahr nicht beenden. Ihre Gedanken wurden düster, doch die behandelnde Psychotherapeutin stellte ihr nur immer die gleichen Fragen und konnte Nesrins Fragen nicht beantworten. Leise und mit gebrochener Stimme schliesst sie ihren Erfahrungsbericht vor den sichtlich betroffenen knapp 30 Personen im Publikum: «Ohne die Unterstützung von meiner Lehrerin und meinen Freunden wäre ich heute vielleicht nicht hier, um meine Stimme zu erheben.»

Nochmals traumatisiert

Die Erlebnisse der drei Rednerinnen stützen die Ergebnisse einer im Juni 2020 erstmals veröffentlichten Studie zu den psychischen Gesundheitsfolgen des Nothilfesystems für abgewiesene Asylsuchende. Urs Ruckstuhl, Psychologe, und Fabienne Davallou, Sozialarbeiterin bei der Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration, haben in diesem Bericht gemeinsam mit weiteren Autorinnen und Autoren die sozialen, psychischen und gesundheitlichen Belastungsfaktoren, denen Abgewiesene aufgrund ihres Aufenthaltsstatus ausgesetzt sind, analysiert und ziehen in ihren Vorträgen im Farelhaus ein alarmierendes Fazit: «Die Nothilfe ist ein krankmachendes Regime. Geflüchtete Menschen, die aufgrund der Erlebnisse vor und während der Flucht häufig bereits traumatisiert sind, müssen vom Aufnahmeland davor geschützt werden,

«Es macht mich traurig, dass in der Schweiz eine Gruppe von Menschen allgemein gültige Grundrechte einfordern muss.»

Samantha Dunning,
SP-Grossrätin

nach der Flucht erneut Risikofaktoren für eine Traumatisierung ausgesetzt zu werden.» Die Schweiz werde dieser Aufgabe nicht gerecht, Abgewiesene würden Armut, soziale Isolation, Zwang zu Inaktivität, Ohnmacht, Aberkennung von Zukunft und Verlust von Ressourcen erleben, so Urs Ruckstuhl. All dies löse bei den Betroffenen Angst und Stress aus, was schliesslich häufig zu einer psychischen oder einer psychosomatischen Erkrankung führe.

In einer Podiumsdiskussion wurden abschliessend Vertretende der Bieler Zivilgesellschaft und der städtischen Politik mit den Forderungen der Abgewiesenen konfrontiert und gebeten, Stellung zu beziehen. Samantha Dunning, SP-Grossrätin, zeigt sich erschüttert: «Es macht mich traurig zu hören, dass in der Schweiz eine Gruppe von Menschen allgemein gültige Grundrechte einfordern muss und dabei bereits davon ausgeht, dass ihr Wunsch, gehört zu werden und entsprechende Änderungen

duellen Wohnungen unterzubringen, wie das in anderen Kantonen bereits praktiziert wird.

Die Unterbringung von Kindern in Notunterkünften erachtet die NKVF als nicht kindgerecht und nicht vereinbar mit der UNO-Kinderrechtskonvention.

Für Simone Marti, Mitglied von Migrant Solidarity Network, sind das zu kleine Schritte. Sie fordert die sofortige Abschaffung aller Notunterkünfte, im Wissen darum, dass diese Form der Unterbringung krankmacht.

Ein junger Mann aus dem Publikum, der sich die vergangenen Monate im Rahmen des Kollektivs «Wir bleiben in Biel!» gegen die Umplatzierung der Abgewiesenen aus dem Rückkehrzentrum Bözingen stark gemacht hatte, bedauert, dass die städtische Politik sich gegenüber dem Kanton nicht klar positioniert und die Anliegen der Abgewiesenen nicht weiter trägt.

Darauf antwortet Christoph Grupp der Grünen Biel: «Leider besteht weder parteiintern noch übergreifend eine politische Mehrheit, die ein Bleiberecht für die Abgewiesenen will.»

Spielraum ausnutzen

Doch schliesst dieser politische (Un-)Wille automatisch aus, dass die Stimmen der Abgewiesenen gehört und weitergetragen werden? Dass Empfehlungen von Fachleuten ernstgenommen und umgesetzt werden?

Das Nothilfesystem für abgewiesene Geflüchtete basiert auf einer gesetzlichen Grundlage. Für Urs Ruckstuhl wäre deshalb zentral, dass Entscheidungsstragende aus Politik, Behörden und Verwaltung den vorhandenen gesetzlichen Spielraum zum Beispiel im Bereich Unterbringung und Beschäftigung konsequent und aktiv zugunsten der Abgewiesenen ausnutzen, statt ihn zu verneinen. Und dass auch Menschen aus der Zivilbevölkerung «Unsere Stimmen» weiterhin mittragen und verstärken, denn auch wenn es wenige sind ist es für die Abgewiesenen wichtig zu wissen, dass es sie gibt.

Reklame

Ladestation für Ihre Bedürfnisse
Von der Beratung bis zur Installation
Wir realisieren Ihr Projekt

Elektro Linder AG | Werkstrasse 36
3250 Lyss | Info@elektro-linder.ch
www.elektro-linder.ch
Tel: 032 384 86 86

LINDER